

Ökolumne

Das Klima retten!

Der menschengemachte Klimawandel ist eine Tatsache. Aus Antarktischen Eisbohrkernen kennen wir den CO₂-Gehalt und die Temperaturen der letzten 800.000 Jahre. Am Nordpol schmilzt das Eis. Gegenwärtig steigen die Emissionen immer weiter und die Temperatur steigt mit. Wir müssen raus aus der energie- und ressourcenintensiven Wirtschaftsweise. Wenn das stabile Klimagleichgewicht auf der Erde verlorengeht, werden Mitkopplungseffekte wie das Auftauen des Permafrostbodens einsetzen. Das Wichtigste ist deshalb ein stetig steigender CO₂-Preis. Und alle, die glauben so weitermachen zu können wie bisher, sind auf dem falschen Weg. Der Einstiegspreis wurde in den Nachverhandlungen des „Klimagipfels“ von 10 Euro noch auf 25 Euro pro Tonne CO₂ bis 2025 in den Sektoren Wärme und Verkehr erhöht. Dieser Preis soll nun schrittweise eingeführt werden. Die Grünen drohten, sonst die Erhöhung der Pendlerpauschale im Bundesrat über ihre Beteiligung in 10 Landesregierungen zu verhindern. Die SPD versuchte die Erhöhung des CO₂-Preises in den Nachverhandlungen noch zu stoppen, konnte sich aber nicht gegen CDU und Grüne durchsetzen. Die Strompreise sollen nun über eine sinkende EEG-Umlage (mit den Einnahmen aus dem Verkauf von CO₂-Zertifikaten) entlastet werden. Die Marktwirtschaft ist jedenfalls in der Lage, in 5 Jahren alles zu ändern und die alten Strukturen auf den Kopf zu stellen, wenn sich das rechnet und die Verlierer der alten Investitionen in Kohlekraftwerke und AKW nicht an der Macht sind.

Nach dem Kohleausstieg werden die Kohlekraftwerksbetreiber ihre noch ungenutzten Zertifikate verkaufen. Damit würden die Emissionen nun woanders entstehen, da deren Preis sinkt. Damit würde auch der Kohleausstieg unwirksam. Daher muß die neu emittierte Zertifikatmenge entsprechend abgesenkt werden. Bisher weigert sich aber das Bundeswirtschaftsministerium.

Die vom Klimagipfel beschlossenen schärferen Abstandregeln gegen Windkraftanlagen werden diese Technologie in Deutschland abwürgen. Die Hersteller wandern nun ganz ins Ausland ab. Der Zusammenbruch der Windkraftanlagenhersteller muß aufgehalten werden. Ganz vorne bei der Zerstörung der Technologieträger ist das Bundeswirtschaftsministerium mit Minister Altmeier (CDU) an der Spitze. Jahrelang hat er die Stelle des dafür zuständigen Staatssekretärs nicht besetzt und jetzt ermöglicht er in seinem Ministerium der CSU und WKA-Gegnern von „Vernunftkraft“ hohe Mindestabstände für WKA durchzusetzen.

Die deutsche Solarmodul-Produktion brach bereits zusammen, nachdem chinesische Staatskonzerne in die Großproduktion einstiegen. ISI-Forscher haben errechnet, daß diese Preise inzwischen auch in Deutschland mit hochautomatisierten Fertigungsanlagen zu erreichen sind. Diese Zukunftsindustrie sollte wieder neu und konkurrenzfähig aufgebaut werden.

Irgendwann wird auch die Bundesregierung einsehen müssen, daß die nichtregenerativen Energien nur durch Einsparungen und durch den Ausbau von möglichst kostengünstigen Sonnenstrom- und Windkraftanlagen ersetzt werden können.

Wichtig sind ebenso der massive Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft und die Forschung an neuen Wärmespeichern. Die Elektifizierung im PKW-Bereich kann nur eine Übergangsstufe hin zu Brennstoffzellen und zum H₂-Gasverbrennungsmotor sein. Hier versagt bisher die Fahrzeugindustrie.

Die neue EU Kommissionsvorsitzende Ursula von der Leyen stellte im Dezember 2019 ihren „Green Deal“ vor. Sie fordert, daß die EU ihr Ziel, bis 2050 klimaneutral zu werden,

konsequent umsetzt. Klimaneutralität heißt aber nicht CO2-frei. Die stufenweise Einschränkung der Emissionen bis zum endgültigen Verbot ist etwas anderes. So gibt es bisher keine Vorgaben zur Reduktion fossiler und atomarer EU-Subventionen. Die EU will das CO2-Einsparziel bis 2030 von 40% auf 50% verschärfen. In den nächsten 2 Jahren sollen Gesetze dafür beschlossen werden und es sollen 3 Billionen Euro dafür bereitgestellt werden. Die Verpflichtung auf das Pariser Klimaabkommen soll fester Bestandteil eines jeden Handelsabkommens werden. Zugleich sollen Sonderzölle für den Import aus Drittstaaten mit niedrigen Klimazielen die europäische Industrie vor Nachteilen im internationalen Wettbewerb schützen.

Polen bekommt noch bis Mitte 2020 Zeit, um dann verbindlich zu sagen, ob und unter welchen Umständen es mitziehen will. Polen will erst 2070 klimaneutral werden. Tschechien und Ungarn beharren auf den Ausbau der Atomenergie und wollen dafür künftig EU-Fördermittel bekommen.

In den Niederlanden hat das oberste Gericht entschieden, daß die Regierung zügig wirksame Maßnahmen gegen den Ausstoß von Treibhausgasen ergreifen muß, weil die Politik der konservativ-liberalen Regierung ein Bruch der Europäischen Menschenrechtskonvention des Europarates ist. Ein Viertel der Fläche der Niederlanden liegt heute schon unterhalb des Meeresspiegels. Das erleichtert die Einsicht in das Notwendige.